

# Laibacher Zeitung.

Nr. 297.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzl. fl. 16, halbj. fl. 7.50.

Montag, 29. Dezember

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 60 kr., 20 Zeilen: 1.20, 30 Zeilen: 1.80, 40 Zeilen: 2.40, 50 Zeilen: 3.00, 60 Zeilen: 3.60, 70 Zeilen: 4.20, 80 Zeilen: 4.80, 90 Zeilen: 5.40, 100 Zeilen: 6.00.

1873.

## Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 7. Dezember d. J. dem Minister des kais. Hauses und des Aeußern Julius Grafen Andrassy v. Ecsitzentkiraly und Krassayhorka die Annahme und das Tragen des ihm verliehenen k. italienischen Ordens der Annonciade so wie des Großkreuzes des großherzoglich badischen Hausordens der Treue allergnädigst zu gestatten geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 7. Dezember l. J. die Errichtung einer Klinik für Syphilis und Hautkrankheiten an der Universität in Graz zu genehmigen und den Director des landesfürstlichen Krankenhauses daselbst, Privatdocenten Dr. Eduard Lipp zum außerordentlichen Professor für Hautkrankheiten (Dermatopathologie) an der genannten Universität allergnädigst zu ernennen geruht.

Stremayr m. p.

### Verordnung des Ministers des Innern vom 13. Dezember 1873

betreffend die Zuziehung eines Gremialcommissärs zu den Apotheker-Gremialversammlungen.

Die bisherige Bestimmung der Apotheker-Gremialordnungen, nach welcher zu den Versammlungen der Apotheker-Haupt- und Filialgremien ein Gremialcommissär (Notar der medizinischen Facultät, Stadtphysicus, Kreisarzt u. s. w.) beizuziehen war und den Vorsitz zu führen hatte, wird außer Kraft gesetzt und der Vorsitz bei den gedachten Versammlungen dem Gremialvorsitzer zugewiesen.

Der Regierung bleibt jedoch das Recht vorbehalten, zu den Gremialversammlungen, dort, wo sie es angezeigt findet, einen l. f. Commissär abzuordnen.

Lasser m. p.

Der Justizminister hat den Staatsanwalts-Substituten in Graz Julius Ederl v. Lehmann zum Oberstaatsanwalts-Stellvertreter und den Gerichtsadjuncten des Landesgerichtes in Graz Dr. Franz Graf zum Staatsanwalts-Substituten in Graz ernannt.

Der k. k. Landespräsident hat den k. k. Conceptspracticanten Paul Freiherrn v. Gussich zum provisorischen k. k. Regierungsscriben ernannt.

Am 24. Dezember 1873 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das LXII. Stück des Reichsgesetzblattes, vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 163 die Verordnung des Ministers des Innern vom 13. Dezember d. J. betreffend die Zuziehung eines Gremialcommissärs zu den Apotheker-Gremialversammlungen:

Nr. 164 die Verordnung des Ministers des Innern vom 19. Dezember d. J. betreffend die Abänderungen der österreichischen Arzneitaxe.

(W. B. Nr. 297 vom 24. Dezember.)

## Nichtamtlicher Theil.

### Vom Tage.

Die wiener Blätter widmeten in der abgelaufenen Woche ihre Spalten an leitender Stelle und in den Localrubriken der Feier des schönen Christfestes. Nicht nur die Kleinen mochten sich freuen über die herrlichen Gaben, die der Weihnachtsbaum gespendet; auch die Alten hatten gerechten Anlaß, Weihnachten 1873 in politischer Beziehung hoch zu feiern, denn der Wunsch gar viele und heißersehnte wurden erreicht. Der Baum der Verfassung hat reiche, goldene Früchte getragen und gespendet.

Das „Fremdenbl.“ sagt: „Die Wahlreform hat keine der Erwartungen, welche an sie geknüpft wurden, unterfüllt gelassen. Ein von den Landtagen unabhängiges vom Volke direct gewähltes Abgeordnetenhaus konnte sich versammeln, in welchem die verfassungstreue Politik auf die kräftige Unterstützung einer imposanten Majorität zählen. In allen Theilen des Reichs feiert der Staatsgedanke Triumphe, überall steigt das Gefühl der Zusammengehörigkeit über separatistische Tendenzen und jene Kirchenthumpolitik, welche sich dem berechtigten Streben, die Kräfte zu vereinigen, damit sie desto erfolgreicher wirken, trotz in den Weg stellt. Die Landtage begreifen ihre Stellung und fügen sich willig in den Staatsorganismus, in welchem ihnen

ein für die von ihnen vertretenen Interessen ausreichender Wirkungskreis eingeräumt ist. Die vor kurzem noch übermüthige Opposition beginnt allmählig zu erkennen, daß sie ihren Widerstand aufgeben müssen, wenn sie nicht vollends bei Seite geschoben werden will. Die Bevölkerung, die des unfruchtbaren Widerstandes müde geworden ist, und an den constitutionellen Arbeiten activ theilnehmen will, drängt die Führer zu Entschlüssen, welche von diesen nur auf Kosten ihrer bisherigen Theorien gefaßt werden können. Es liegt in der Natur der Sache, daß dieser Prozeß sich nur langsam vollzieht und die Doctrinäre, die ihre staatsrechtliche Lehre als die allein selig machende verkündet hatten, dasjenige, was sie ihre politische Überzeugung nennen, hartnäckig verteidigen. Aber der „anticentralistische Sturm“ gegen das System, mit welchem die liberalistischen Organe drohten, ist ungefährlich geworden, seitdem die Opposition sich in Fractionen aufgelöst hat, von welchen jede ihren eigenen Weg einschlägt, seitdem in ihrer Mitte ein erbitterter Kampf gegen die Passivitätspolitik geführt wird, und die viel gerühmte Einigkeit der oppositionellen Elemente thatsächlich aufgehoben ist.

Und während die innere Politik auf den Grundlagen des Rechtes und der Freiheit sich befestigt, herrscht in den Beziehungen unseres Reichs zu den auswärtigen Mächten der Geist des Friedens. Wie viele Hoffnungen die Weltansicht auch täuschte, in einer Beziehung hat sie den kühnsten Erwartungen entsprochen, insofern dieselben die politische Stellung der österreichisch-ungarischen Monarchie und die Kräftigung der Friedenspolitik betrafen. Seit langer Zeit konnte man nicht mit so voller Beruhigung den Frieden als gesichert bezeichnen, wie dies jetzt möglich ist, nachdem die Herrscher der maßgebenden Mächte Europas durch die unserm Kaiser abgestatteten Besuche dem Friedensbedürfnisse ihrer Völker und ihren eigenen Reigungen unzweideutig Ausdruck gegeben haben. Zu diesem erfreulichen Resultate beigetragen zu haben, ist vorzugsweise das Verdienst Oesterreichs, das von Bestrebungen der Nachbarmächte, die auf die Sicherung des Friedens gerichtet sind, mit rückhaltloser Offenheit entgegenkam. Unter dem Schutze des Friedens, im Gefühle der Sicherheit, welches angesichts der Thatsache hervorgerufen wird, daß sich die öffentlichen Zustände consolidiert haben, können die Völker Oesterreichs sich der Pflege ihrer materiellen und geistigen Interessen widmen, ohne daß sie besorgen müßten, in dieser segensvollen Thätigkeit durch politische Wirren gestört zu werden. Die ungebundene Kraft des österreichischen Staatswesens berechtigt zu der Erwartung, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit die Einbuße, welche der Volkswohlstand infolge der Reaction erlitt, durch die Arbeit und Sparsamkeit der gewerbetreibenden Bevölkerung ersetzt sein wird. Denn ungeachtet der Verwüstungen, die wir zu beklagen haben, sind Volk und Staat in ihrem innersten Kern gesund geblieben und werden neu gestärkt aus der Krise hervorgehen, die wohl zerstörend, aber auch reinigend gewirkt hat.“

### Parlamentarisches.

Zur bevorstehenden Action des österreichischen Reichsrathes meldet die „Presse“:

„In den Kreisen der Regierung besteht bekanntlich in Uebereinstimmung mit den Wünschen der Reichsvertretung selbst die Absicht, den Reichsrath am 21. Jänner zu einer Sessionsdauer von zwei bis höchstens drei Monaten zusammenzutreten zu lassen. Aus diesem Grunde hält man auch maßgebendenorts daran fest, den für April in Aussicht genommenen Einberufungstermin für die Delegationen, die diesmal in Pest zu tagen haben, genau einzuhalten. Bei dem Stande der Verhältnisse ist es jedoch sehr fraglich, ob die Durchführung dieses Actionprogramms möglich sein werde. Obgleich die Eröffnung des Reichsraths am 4. November erfolgt war, so konnte das Abgeordnetenhaus dennoch infolge seiner neuen Zusammensetzung in der Zeit bis zu seiner Vertagung nicht viele Vorarbeiten unternehmen, und es wird unmittelbar beim Wiederzusammentritte am 21. l. M. verhältnismäßig nur wenig Material vorfinden. Das Abgeordnetenhaus hat im ganzen sechs Ausschüsse, den Adress-, Legitimations-, Petitions-, volkswirtschaftlichen, Geschäftsordnungs- und Budgetausschuß niedergesetzt; unter diesen sind die Functionen des Adressausschusses bereits erledigt.“

An Beratungsgegenständen sind dem volkswirtschaftlichen Ausschusse die drei kaiserlichen Verordnungen über die Eistierung des § 14 der Bankacte, über die Aufhebung des Getreidezolles und über die Li-

quidationen von Actiengesellschaften, ferner der Lienbacher Antrag auf Untersuchung der Ursachen der wirtschaftlichen Krisis zugewiesen. Ueber die drei erstgenannten Vorlagen dürfte der Ausschuß bald nach Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses zu referieren in der Lage sein.

Der Budgetausschuß hat nur den Staatsvoranschlag pro 1874 zugewiesen erhalten. Da er die einzelnen Unterabteilungen desselben an seine Mitglieder zur Specialberichterstattung vertheilt hat, so wird er jetzt am 21. Jänner in die Berathung des Budgets eintreten können. Die Behandlung des Staatsvoranschlags im Abgeordnetenhaus selbst dürfte dann Anfangs Februar zu gewärtigen sein.

An den Geschäftsordnungs-ausschuß wurde die definitive Ausarbeitung der nur provisorisch gültigen Geschäftsordnung und der Geschäftsverteilung über die Vertheilung der Reisegebühren des Abgeordnetenhauses geleitet. Der Bericht über die letztere Vorlage ist bereits in Druck gelegt und wird die zweite Lesung derselben die gesetzgeberische Thätigkeit des Abgeordnetenhauses im nächsten Jahre einleiten. Mit der Errichtung der neuen Geschäftsordnung hat es keine Eile.

Fertiges Material für das Abgeordnetenhaus bei seinem Wiederzusammentritte wird nur seitens des Legitimationsausschusses vorliegen, der über die Mehrzahl der noch nicht genehmigten abgeordnetenwahlen sofort Bericht erstatten kann. Referate in beliebig großer Anzahl wird auch der Petitionsausschuß, dem bereits sehr viele Petitionen zugetheilt wurden, vorlegen können.

Dem Abgeordnetenhaus liegen ferner vier selbstständig gestellte Anträge vor, die vor der Vertagung nicht zur Begründung gelangen konnten und demgemäß zunächst auf der Tagesordnung stehen werden. Diese Anträge sind: Antrag des Abgeordneten Ruz auf Aufhebung des Zeitungstempels und der Inzeratensteuer; Antrag desselben Abgeordneten auf Aufhebung des Legalisirungszwanges; Antrag des Abgeordneten Graf Hohenwart auf Niederlegung eines Ausschusses zur Prüfung der Eingabe, welche von den ihrer Mandate für verlustig erklärten Abgeordneten aus Böhmern übersendet wurde; Antrag des Abgeordneten Rofner, dahin gehend, es sei die Regierung aufzufordern, der überhandnehmenden Theuerung Grenzen zu setzen und schließlich Antrag des Abgeordneten Grafen Wonda auf Erlassung eines Gesetzes, womit die im Gebiete von Ragusa bestehenden Verpflichtungen der Contadini zu persönlichen Arbeitsleistungen aufgehoben werden. Wenn wir schließlich noch hinzufügen, daß das Abgeordnetenhaus zunächst auch die Wahl von zehn Mitgliedern in den Staatsgerichtshof vorzunehmen hat, und daß im Herrenhause bisher nur zwei Gesetzentwürfe und zwar betreffend die Bildung von Fideicommissen eingebracht wurden, so haben wir das Material, welches dem Reichsrath bei seinem Wiederzusammentritte vorliegt, vollständig erschöpft.“

### Die neue ungarische Anleihe

erfährt im „Pesti Naplo“ nachstehende Besprechung:

„Der aufgelegte Betrag ist bedeutend überzeichnet worden und es wird eine ziemlich knappe Repartition nöthig sein. Zusammen wurden auf dem Continent und in London 11 Millionen Pfd. gezeichnet, und zwar in London allein 8 Millionen Pfd. Das Bankierconsortium hat die Option auf die ganze erste Hälfte der Anleihe, d. i. auf 7 1/2 Millionen Pfd. noch nicht erschöpft und andererseits liegt es nicht im Interesse des ung. Staates, daß die Pflicht der Zinszahlung von einer früheren, als eben nothwendigen Zeit an gerechnet werde. Das Consortium hat 2 1/2 Millionen Pfd. bedingungslos zu dem festgestellten Course von der ungarischen Regierung übernommen, auf die anderen 2 1/2 Millionen Pfd. hat es das Optionsrecht bis 31. Jänner. Dieses Recht wird es höchstens auch geltend machen, so daß es bei der Subscription über 5 Millionen verfügen konnte und so viel wird auch nach der Subscription von elf Millionen zur Repartition gelangen. Allein auch von diesem Betrage wird der deutschen Reichsregierung 1 1/2 Millionen unverkürzt überlassen, das Uebrige wird in 60—75procentigen Quoten unter diejenigen vertheilt werden, die das Consortium nach seiner Ansicht — denn es ist nicht gebunden — für vertrauenswürdig hält.“

In diesem Punkt trifft das Interesse des Consortiums und des ungarischen Staates zusammen. Es liegt in jeder Hinsicht im Interesse des ungarischen Staates, daß solche Operationen verhindert werden, durch welche der Kurs sowohl der jetzt emittierten Schatzbons als seiner älteren Staatsobligationen eine Herabminderung



erleiden könnte. Wie bei allen Anleihe-Subscriptionen fanden sich auch in diesem Falle solche, die bloß vom Gesichtspunkte der Börsenspeculation zeichnen und die subscribrierten Actien je eher weiter zu begeben wünschen. Ein derartiges Auf-den-Markt-Werfen der Schatzbons würde den Cours herabdrücken, und dies rechtfertigt, daß die Repartition mit Einschränkungen und Vorsicht geschehe. Es liegt dies, wie schon gesagt, im Interesse des Staats überhaupt, noch mehr aber im Interesse des Consortiums, daß, wenn es von seiner längstens bis Ende Juni auszubehenden Option hinsichtlich des letzten Drittels der 7½ Millionen Gebrauch macht, diese 2½ Millionen, dann um so vortheilhafter zu placieren im Stande sein wird.

Das Subscriptionsergebnis kann, insofern darin — bringt man auch die Vermittlung des mächtigen Consortiums in Rechnung — doch immer nur als das Maß der Creditfähigkeit Ungarns sich manifestieren, ein genug günstiges genannt werden. Und doch hatten unsere guten Freunde alles im Auslande aufgebieten, um den Credit unseres Vaterlands in so desperatem Licht als möglich erscheinen zu lassen.

Die Schattenseite des Resultates tritt in der in Ungarn vollzogenen Zeichnung zu Tage. In Budapest wurden im ganzen 86,250 Pfund Sterling gezeichnet; hievon haben die erste vaterländische Sparkasse 50,000 Pfund Sterling, der Spar- und Creditverein 10,000 Pfd. St., das Pensionsinstitut der ungarischen Staatseisenbahnen 7000 Pfd. St., die marmaros-lykethor Sparkasse 5000 Pfd. St. gezeichnet; der Rest vertheilt sich in kleinere Beträge. Hieraus ist ersichtlich, daß die erwähnten zwei oder drei Institute ausgenommen, die zahlreichen Bankinstitute, die Sparkassen in der Provinz, unsere Bankiers und Großhändler, die ungarischen Magnaten und geistlichen Großgrundbesitzer an den Zeichnungen absolut keinen Antheil nahmen. Diese Erscheinung beweist einerseits — was allerdings nicht erst eines Beweises bedarf — wie groß die Armut, wie groß insbesondere der Geldmangel in unserem Vaterlande ist; doch es ist nahezu unglaublich, daß die erwähnten Kapitalisten nicht im Stande gewesen sein sollten, eine Summe zu zeichnen, welche die materielle Kraft Ungarns wenigstens nicht schwächer erscheinen ließe, als sie in der That ist.

Durch diese neue Anleihe hat sich die jährliche Last nach unserer Staatschuld schon für das nächste Jahr abermals um 5 Millionen vermehrt, und wenn in den nächsten Jahren das ganze Anlehen im Betrage von 153 Millionen emittiert wird, so werden unsere Ausgaben für die Staatschuld neuerdings um nahezu fünf Millionen steigen.

Im Budget für 1874 sind unter dem Titel der Staatsschulden, — das Grundentlastungserfordernis eingerechnet, die Weingehentablösung aber nicht, und nach 54-Millionenanlehen bloß die Zinsen gerechnet, da die Amortisation erst später beginnt, — unter dem Titel der Staatsschulden, sagen wir, sind für 1874 bei einer ordentlichen Einnahme von zweihundert zwei Millionen Gulden fünfundszwanzig Millionen ordentliche Ausgabe präliminirt; das heißt unsere Schulden nehmen 32 Prozent unserer gesammten ordentlichen Einnahmen in Anspruch — eine Ziffer, welche nachdrücklicher spricht, als jede mündliche Argumentation, und welche Sparfameit und eine Reduction unserer Ausgaben nach jeder Richtung hin kategorisch fordert."

## Parlamentarisches aus Frankreich.

Clapier erstattete in der am 17. d. stattgefundenen Sitzung der Nationalversammlung in Versailles im Namen des Ausschusses Bericht über das Gesetz betreffend die Ernennung der Maires. Die Regierung, entwickelt der Bericht, hat ein transitorisches Gesetz für diese Materie für unabweislich gehalten: sie finde bei den nach dem Gesetze von 1871 von den Gemeinderäthen ernannten Maires nicht den rechten Verstand in der Durchführung der für die Sache der Ordnung gebotenen Maßregeln und andererseits seien die von den Gemeinderäthen getroffenen Wahlen oft der Würde der Gemeinden zu nahe getreten. Die Regierung verlangt daher, daß ihr die Ernennung der Maires mit der Maßgabe übertragen werde, daß sie dieselbe aus den Gemeinderäthen zu wählen hätte; in Fällen des Rücktritts und der Absetzung will sie auch von dieser Bedingung entbunden sein. Ueberdies beantragte sie, daß die Gemeindepolizei in den Departements- und Arrondissementshauptstädten von den Maires an die Präfecten oder Unterpräfecten übergehe. In dem ersten Punkte ist der Ausschuß mit der Regierung einverstanden und hält es sogar für angemessen, ihr nicht bloß in den Fällen von Rücktritt und Absetzung, sondern ganz allgemein das Recht einzuräumen, die Maires auch außerhalb des Gemeinderathes zu wählen. Als Garantie gegen etwaige Mißbräuche empfiehlt der Ausschuß eine Bestimmung, wonach ein Erlaß des Ministers des Innern in dem Fall erforderlich wäre, daß der außerhalb des Gemeinderathes gewählte Maire in die Kategorie derjenigen gehört, welche der Präfect hätte ernennen können, wenn er aus dem Gemeinderath gewählt worden wäre.

Damit ist die Verantwortlichkeit des Ministers in den wichtigeren Fällen direct ins Spiel gezogen. Die Minorität des Ausschusses verlangt die Beibehaltung der bisherigen Gesetzgebung und bekämpft die Vorlage als einen indirecten Angriff gegen das allgemeine Stimmrecht und als ein Symptom, daß die Regierung die officiellen Candidaturen wieder herzustellen gedenke. Die Majorität entgegnet aber, daß die Regierung ohne eine directe Einflußnahme auf die Gemeindeverwaltung die sociale Ordnung nicht aufrecht erhalten und daß sie angesichts schreiender Uebelstände auch nicht die Votierung eines vollständigen Gemeindegesetzes abwarten könnte. Der Maire steht gegenwärtig unter dem moralischen Druck des Gemeinderathes und der localen Leidenschaften. Die Wiederherstellung der officiellen Candidaturen ist darum nicht beabsichtigt und bei der gegenwärtigen Controle der Presse und Tribüne auch ganz unmöglich. Was das Polizeiwesen betrifft, so ist nach dem Geständnisse der Regierung selbst eine Theilung der bezüglichen Functionen zwischen die Präfecten und die Maires nicht mehr dringlich, nur schien es dem Ausschusse zweckmäßig, in den Städten von weniger als 40,000 Seelen, für welche das Gesetz von 1867 nicht gilt, zu bestimmen, daß die Polizeiagenten zwar nach wie vor von den Maires ernannt werden, jedoch nur mit Genehmigung der Präfecten und daß sie von den Maires zwar suspendirt, jedoch nur von den Präfecten abgesetzt werden können. Der Ausschuß empfiehlt daher folgenden Gesetzentwurf:

„Art. 1. Bis zur Beschlußfassung über ein organisches Gemeindegesetz werden die Maires und Adjuncten in den Departements-, Arrondissements- und Can-

tons-Hauptstädten von dem Präsidenten der Republik, in den anderen Gemeinden vom Präfecten ernannt.

Art. 2. Sogleich nach der Promulgierung dieses Gesetzes wird, ohne die Wiederbesetzung der in den Gemeinderäthen etwa erledigten Plätze abzuwarten, zur Ernennung der Maires und Adjuncten geschritten; sie werden, sei es aus dem Gemeinderath, sei es außerhalb desselben, gewählt und in dem letzteren Falle je nach der in Art. 1 bezeichneten Unterscheidung durch ein im Ministerrath beschlossenes Decret oder durch einen Erlaß des Ministers des Innern. Die Maires müssen 25 Jahre alt, in der Gemeinde wahlberechtigt oder in eine der Rollen der vier directen Steuern eingetragen sein.

Art. 3. In allen Gemeinden, in welchen die Polizei nicht nach dem Gesetze vom 24. Juli 1867 oder durch besondere Gesetze organisiert ist, ernannt der Maire die Polizeiinspectoren, Brigadiers, Unterbrigadiers und Agenten. Die Ernennung muß von dem Präfecten und Unterpräfecten genehmigt sein. Diese Polizeibeamten können von den Maires suspendirt, aber nur von den Präfecten abgesetzt werden."

## Politische Uebersicht.

Laibach, 28. Dezember.

Das ungarische Oberhaus nahm die vom Abgeordnetenhaus erledigten Gesetzentwürfe, darunter den Budgetgesetzentwurf, entgegen und überwies dieselben dem Finanzausschusse. Der Antrag des Grafen Franz Jichy, zu den Commissionsberatungen die Mitglieder der ständigen Dreiercommission zuzuziehen, wurde abgelehnt. „Hon" will wissen, daß die Budgetdebatten im Oberhaus nicht ohne Stürme ablaufen werde, da sich die Magnatentafel in ihren Rechten als zweiter Factor der Legislative angeblich hintangesetzt sieht. Auch die Nichtberücksichtigung des Oberhauses bei der Wahl des 21er Ausschusses habe Verstimmlung hervorgerufen. — Das Finanzministerium wird demnächst eine Reihe von Gesetzentwürfen betreffs der Steuerreform vorlegen. — Der vom ungarischen Landes-sanitätsrath vorgelegte Gesetzentwurf über Regelung des Sanitätswesens ist, wie die „M. P." meldet, bereits im Druck erschienen und wird demnächst im Abgeordnetenhaus zur Vertheilung gelangen. Der erste Theil, aus 14 Abschnitten und 109 Paragraphen bestehend, enthält die allgemeinen sanitären Verfügungen, der zweite Theil, aus 4 Abschnitten und 38 Paragraphen bestehend, regelt den allgemeinen Sanitätsdienst.

Der deutsche Reichstag wird spätestens am 16. Februar 1874 seine Beratungen beginnen und diesmal auch schon die zwölf Deputirten aus Elsaß-Lothringen aufnehmen, deren Wahl am 1. Februar erfolgt. Die Enthaltungspolitik wird erfreulicherweise in den Reichsländern mehr und mehr an den Nagel gehängt, und es ist nicht zu zweifeln, daß ein reges Wahltreiben der wachsenden Veröhnung mit dem Status quo einen deutlichen Ausdruck geben wird. — Einem süddeutschen Blatte wird über das Civilcgesetzbuch aus Berlin geschrieben: „Das Abgeordnetenhaus hat die zweite Lesung des Civilcgesetzbuchs beendet, die dritte aber, mit Rücksicht auf die Feiertage und Reichstagswahlen, bis nach den Ferien vertagt. Das Zustandekommen des Gesetzes wird dadurch allerdings um einige Wochen verzögert, der Aufschub aber sicherlich der nothwendigen Klärung der An- und Absichten des Hauses

## Seuilleton.

### Der Kampf ums Dasein.\*

Roman von Franz Ewald.

(Fortsetzung.)

#### Zwölftes Kapitel.

##### Ein Sonnenstrahl.

Pastor Sieverling war indessen nicht so wohl zu Muthe, als er sich selbst eingestehen wollte. Er ahnte eine Gefahr, von der er sich in diesem Augenblick noch keine Rechenschaft zu geben vermochte. Die schwüle Luft in seinem Arbeitszimmer drückte ihn nieder und eine innere Unruhe trieb ihn von einem Ort zum andern. Der Postbote hatte ihm während Paulsens Anwesenheit einen Brief gebracht. Erst jetzt erinnerte sich der Pastor des Briefes, den zu lesen er bisher weder Gelegenheit noch Ruhe gefunden hatte. Er erkannte die Handschrift. „Aus dem „Grauen Hause,“" sagte er halblaut, als er den Brief öffnete.

Der Brief war von Madame Haasemann und meldete ihm den Unfall, den wir schon erzählt haben. Der Kranke, den der junge Bauer auf dem Felde, nahe dem Orte, wo das Haus des Kesselschmieds auf so unerklärliche Art zerstört worden, gefunden, war nach dem „Grauen Hause" und dort in den Krankensaal gebracht worden. Er lag hier längere Zeit in starrer Bewusstlosigkeit. Bei seinem Erwachen führte er, wie die fromme Madame Haasemann schrieb, wirre, unzusammenhängende Reden.

Sie erbat sich den Besuch des Pastors, um mit ihm zu überlegen, was mit dem Kranken geschehen sollte.

Schon bei Lesung der ersten Zeilen hatte sich Sieberling entsetzt.

„Krank, verwundet?" murmelte er. „Sollte — doch nein. Von dieser Seite bin ich sicher. Todte schweigen und Amerika ist weit. Aber wenn dennoch ein Zufall rettend eingewirkt. Wenn —"

Ein leises Klopfen an der Thür unterbrach sein Selbstgespräch. Er faltete rasch das Papier zusammen und steckte es in die Brusttasche. Dann öffnete er es, wieder ruhig und gefaßt, als wenn nichts geschehen wäre, was ihn mit Besorgnis erfüllen konnte. Dieser Mann hatte mächtige Selbstbeherrschung und eiserne Nerven.

Eine Frau huschte in's Zimmer.

Es war die Wärterin der unglücklichen Marie Schneider.

„Herr Pastor," stammelte sie hervor, „sie ist nicht todt. Sie lebt. Wir haben uns getäuscht. Es war nur eine tiefe Ohnmacht. Sie ist zum Bewußtsein zurückgekehrt und verlangt nach Ihnen und nach dem Doctor."

Sieverling glich einer Marmorstatue. Alles Leben schien seinem Körper entwichen. Sprachlos starrte er die Botin an.

Aber auch diesmal ließen ihn seine Nerven nicht im Stich: wenige Minuten genügten, um ihn wieder äußerlich ruhig erscheinen zu lassen. In seinem Innern aber tobten und rasten Wuth und Verzweiflung. Aber noch gab er sein Spiel nicht verloren. Er hieß die Wärterin für kurze Zeit in ein Nebenzimmer treten. Sein Entschluß war gefaßt.

Eine Viertelstunde später verließ er in Begleitung der Frau sein Haus. Er war wie ein Handwerker gekleidet. Nichts verrieth seinen Stand. Beide eilten zu der nächstgelegenen Droschkenstation und stiegen in einen

Wagen. Der Pastor rief dem Kutscher Straße und Hausnummer zu. Der Wagen rollte von dannen.

Vor dem Thore angelangt, trieb Sieverling den Kutscher zur Eile an und in verhältnismäßig kurzer Zeit hatte dieser sein Ziel erreicht. Der Wagen hielt vor der Thür des Hauses, in welcher Marie ein Asyl gefunden hatte.

„Haben Sie Zeit?" fragte er den Kutscher.

„Eine Stunde," lautete die Antwort.

„Zeit genug," murmelte Pastor Sieverling, dann fügte er laut hinzu: „Dann warten Sie hier."

Es dauerte lange Zeit, ehe der Pastor zurückkehrte. Auch kam er nicht allein — eine scheinbar leblose Gestalt lag in seinen Armen.

„Kennen Sie die Wohnung des Pastors Sieverling?" fragte er den Kutscher.

„Allerdings."

„Ich habe hier eine kranke Frau, welche der ausgezeichnetsten Pflege bedarf. Der Pastor Sieverling ist ein sehr frommer Mann und er wird sich vielleicht geneigt finden, hier ein Samariter-Werk zu üben."

„Ich würde die Kranke lieber nach dem Krankenhause schaffen," entgegnete der Kutscher trocken.

„Warum?"

„Weil ich nicht so sehr sicher daran glaube, daß der Pastor geneigt ist, ein solches Samariter-Werk, wie Sie sagen, zu üben."

Ein blitzartiges Aufleuchten schoß aus den Augen des Pastors, während er die Frauengestalt in den Wagen schob. Dann wandte er sich wieder zu dem Kutscher und sagte:

„Bringen Sie mich zu dem Pastor Sieverling, ich will es versuchen."

Der Wagen rollte wieder der Stadt zu.

(Fortsetzung folgt.)



zugute kommen. Bekanntlich hat das Haus die Bestimmung, daß Geistliche zu Nebenstandesbeamten bestellt werden können, gestrichen, dagegen zugelassen, daß Geistliche in dringenden Fällen zu Hauptstandesbeamten ernannt werden können. Gegen diese Regelung der An gelegenheit läßt sich mit vollem Recht der Einwand erheben, daß in denjenigen Bezirken, in welchen Angehörige verschiedener Confessionen vorhanden sind, die Angehörigen der Confession, welche nicht diejenige des geistlichen Standesbeamten ist, gezwungen sein würden, die Civiltrauung seitens eines einer andern Confession angehörenden Geistlichen nachzusuchen.

In der mecklenburgischen Verfassungsfrage scheint sich unerwartet eine günstige Wendung vollzogen zu haben. Die Regierung von Mecklenburg-Schwerin hat sich zu constitutionellen Grundsätzen bekannt und die bisherige Basis der mit dem Landtage gepflogenen Verhandlungen definitiv verlassen.

Die Gerüchte, wonach im Schosse des französischen Ministeriums Meinungsverschiedenheiten zutage getreten wären, sind der „Agence Havas“ zufolge durchaus falsch. — Die „Agence Havas“ meldet, daß Cavaliere Nigra dem Herzoge Decazes die bestimmtesten Versicherungen von den freundschaftlichen Gesinnungen Italiens gegen Frankreich gegeben habe.

Die Holländer sind jetzt Herren der beiden Ufer des Atschin-Flusses. Nach einem umlaufenden Gerücht ist der Sultan geneigt, sich zu ergeben.

## Die neuen Seminare.

Am 1. December d. J. sind an allen juristischen Facultäten der österreichischen Universitäten mit Ausnahme der innsbrucker die neuen rechts- und staatswissenschaftlichen Seminare ins Leben getreten. Die Anfänge dieser Einrichtung, auf welche allseitig große Hoffnungen gesetzt werden, befriedigen im hohen Grade. Es sind zahlreiche Uebungscollegien zu stande gekommen, deren zweckmäßige Auswahl ebenso für das Verständnis zeigt, welches die akademischen Lehrer der neuen Institution entgegenbringen, wie die starke Theilnahme an denselben für die richtige Auffassung auf Seite der Studierenden spricht. Selbstverständlich wird in der Folge dafür gesorgt werden, daß sich möglichst alle akademischen Lehrer der Reihe nach an den Uebungen theilnehmen und daß auch der Gegenstand der letzteren entsprechend wechselt, damit einerseits einer Ueberlastung einzelner Professoren vorgebeugt, andererseits den Studierenden die Gelegenheit geboten werde, sich in allen wichtigeren Disziplinen auch seminaristisch auszubilden. Auf diese Art ist zu erwarten, daß die hochgestellten Ziele der neuen Einrichtung: tiefere wissenschaftliche Ausbildung, Anregung zu selbstthätiger Arbeit, wissenschaftliche Anleitung für den Uebergang in die Praxis, vollständig erreicht werden können und daß insbesondere der wichtige Grundsatz der akademischen Vereinbarkeit gewahrt wird, ohne daß — wie bisher zu besorgen war — ein weniger selbstständiger Geist unter demselben zu leiden hätte oder doch von einem Bestreben allein nicht erreichbaren höheren Ausbildung abgehalten würde.

Nachstehend folgt ein Verzeichnis der im laufenden Semester an der grazer Universität abgehaltenen Seminarcollegien:

- Prof. Dr. Demelius: Juristische Uebungen;
- Prof. Dr. Neubauer: Criminalistische Uebungen (beide seit Beginn des Semesters);
- Prof. Dr. Bischoff: Deutschrechtliche Uebungen;
- Prof. Dr. Groß: Kirchenrechtliche Uebungen;
- Prof. Dr. Hildebrand: Volkswirtschaftliche Uebungen;
- Prof. Dr. v. Luschn: Uebungen aus der österreichischen Rechtsgeschichte.

## Landwirthschaftliches Maschinenwesen.

Das Ackerbauministerium richtete im Jahre 1871 an sämtliche landwirthschaftlichen Vereine ein Schreiben mit der Aufforderung zu Mittheilungen über die Erzeugung landwirthschaftlicher Geräte und Maschinen so wie über deren Bezugsquellen und Verbreitung. Ein gleiches Schreiben erging durch Vermittlung des Finanzministeriums an die Zollämter, worin die Aufführung der landwirthschaftlichen Maschinen als selbstständiger Zweig in den Zollausweisen angeregt wurde. Die landwirthschaftlichen Vereine mußten sich zum größten Theile darauf beschränken, entweder bloß Namen von Fabrikanten oder Preisverzeichnisse aufzuführen, und nur wenige waren in der Lage, Andeutungen über Erzeugung von Maschinen und Pflügen geben zu können. Auch die Handels- und Gewerbestammern waren nicht im Stande, die an sie gestellten Fragen zu beantworten. Das Finanzministerium konnte dem Ackerbauministerium nur erwidern, daß, da eine besondere Tarifklärung für landwirthschaftliche Maschinen nicht existierte, ebensowenig ein specieller Tariffatz für landwirthschaftliche Maschinen bestehe, die Aufgeber nicht gezwungen werden könnten, den Titel bestimmt anzugeben, insofern auch die Zollämter nicht im Stande wären, Ausklärungen über den Zweck der Maschinen und ihre Verwendung zu geben. Nach allen diesen Schwierigkeiten berief das Ackerbauministerium unter Zuziehung eines Sachmannes eine Enquete, auf Grund deren alsdann abermals ein Schreib-

ben nebst einem Originalformular an das Finanzministerium und Handelsministerium, ersteres zur Vermittlung an die Zollämter, letzteres an die Generalinspektion der Eisenbahnen gerichtet wurde. Auf Grund der Anweisung von Seite der ersteren Behörden lieferten die Zollämter nach Beendigung der ersten Hälfte des Jahres 1872 Zollausweise, in welchen die landwirthschaftlichen Maschinen von den anderen Zwecken dienenden getrennt erscheinen. Auch die Direction der österreichischen Donaudampfschiffahrt in Wien lieferte Ausweise über Maschinen, welche sie beförderte. Auf Grund dieser verschiedenen Ausweise wurde mit einer Zusammenstellung der Maschinenstatistik begonnen, welche bei weiterer Entwicklung in der Zukunft sich ebenbürtig den anderen Zweigen der Statistik anschließen dürfte.

## Tagesneuigkeiten.

— (In Adelsachen.) Im dritten Quartale d. J. wurden von der Adelsregistratur des k. k. Ministeriums des Innern 44 Standeserhebungen in Evidenz gestellt.

— (Verlosungen.) Am 2. Jänner 1874 um 10 Uhr vormittags werden im Beisein der Staatsschulden-Controllcommission des Reichsrathes in dem für Verlosungen bestimmten Saale im Banlogebäude, Wien (Singerstraße) nachstehende Verlosungen vorgenommen werden: die 27. Verlosung der Mailand-Como-Eisenbahn-Rentenschneide; die 20. Verlosung des 5proz. Anlehens der Wien-Schottener Eisenbahngesellschaft vom Jahre 1845 und die 13. Verlosung des gleichnamigen Anlehens vom Jahre 1849; die 39. Verlosung der Serien des Vortranlehens vom 4. März 1854.

— (Humane Vermächtnisse.) Der am 17. d. in Görz verstorbene pensionierte Hauptmann Heinrich Freiherr v. Rottenberg bestimmte testamentarisch das dortige k. k. Gymnasium zum Erben seiner Bücher, einer Münzsammlung und seines Vermögens im Nominalbetrage von 5000 fl.; letzteres zur Stiftung zweier Stipendien ausschließlich für deutsche Schüler des Gymnasiums.

— (Ueber das Schulwesen in Kärnten.) Lesen wir in der „Klagenf. Zig.“ folgendes: „Die Kosten der Errichtung und der Erhaltung der dreiklassigen Bürgerschulen, sowie der obersten drei Klassen der achtklassigen Bürgerschulen werden vom Lande allein getragen, ebenso die Activitätsbezüge des Lehrpersonals, die Abfertigungs- und Versorgungsgebühren, die Pensionen, die Kosten der Abhaltung der Bezirke- und Landes-Lehrerconferenzen einschließlich der den Mitgliedern derselben gebührenden Reisekosten, die Dotation der Bezirkslehrerbibliotheken, wozu die Lehrer ein halbes Prozent ihres fixen Gehaltes beizutragen haben. Die Lehrer an den Volksschulen beziehen 400—500—600 fl., an den Bürgerschulen 600—700 fl., die Unterlehrer 300 fl., die Lehrerinnen 80 Prozent des dem männlichen Lehrpersonale in derselben Dienstesategorie zukommenden Jahresgehaltes. Die Funktionszulagen für den verantwortlichen Leiter einer Schule betragen 30 fl. für jede Schulklasse, dürfen jedoch 150 fl. nicht übersteigen. Der Director einer achtklassigen Bürgerschule erhält 200 fl., der einer selbstständigen Bürgerschule 150 fl. Funktionszulage. Die Quinquennalzulagen können sechsmal verliehen werden und betragen 10 Prozent des jeweiligen Jahresgehaltes. Kärnten verwendet für die Volks- und Bürgerschulen 30 Prozent der Landesumlagen oder 261,000 Gulden.“

— (Cholera.) Vom 18. Dezember abends bis 19. abends sind in München 18 Personen erkrankt und 11 gestorben. Gesamtstand seit Beginn der Epidemie 1832 Erkrankten, 840 Todesfälle.

— (Liquidierung der Civilliste Napoleons III.) Die Budgetcommission der französischen Nationalversammlung wird demnächst den Vertrag zu prüfen haben, welchen die Minister der Finanzen, der öffentlichen Arbeiten und der schönen Künste zur Liquidierung der Civilliste Napoleons III. mit Herrn Rouher als Vertreter der Ex-Kaiserin Eugenie abgeschlossen haben. Nach diesem Vertrage soll der Staat der Wittve Napoleons III. das chinesische Museum des Schlosses Fontainebleau (die von Polissio heimgebrachte Beute des Sommerpalastes), die Waffensammlung von Pierrefonds und andere auf Kosten der Civilliste erstandene oder dem Kaiser oder der Kaiserin persönlich verehrte Kunstgegenstände zurückzahlen und ferner in gewissen Jahresraten die bare Summe von drei Millionen Francs auszahlen.

— (Aus Rom.) Nach einem Bericht der „Gazz. di Ven.“ ist der Fremdenbesuch in Rom gegenwärtig sehr stark; das Stelldichein der vornehmen italienischen und fremden Gesellschaft sind die Fuchsjagden, welche alle Wochen einmal in der Umgebung der Stadt abgehalten werden. Für den Carneval werden große Vorbereitungen getroffen. Das Paquino-Comité, das im vorigen Jahre so viel Beifall für sein Arrangement der Carnevalfeierlichkeiten fand, hat sich neuer wieder constituirt und ein Monstreprogramm für die letzte Carnevalwoche entworfen.

## Locales.

### Die Rinderpest

wüthet zu wiederholten malen an den Grenzen des Landes Krain, namentlich herrscht diese bössartige Viehkrankheit in der nachbarlichen Steiermark, constantermaßen in den Bezirken Pettau, Gills, Marburg und W. Graz. Diese Seuche hat, wie wir aus einer Rundmachung des Herrn k. k. Statthalters in Steiermark entnehmen,

eine sehr bedrohliche Gestalt und einen nicht zu unterschätzenden Umfang angenommen; es müssen bereits außer ordentliche Maßregeln ergriffen werden, um der Seuche enge Grenzen zu stecken.

Bei der auch in unserm Heimatlande drohenden Gefahr dürfte es an der Zeit sein, auch unseren Landwirthen, Viehhältern u. a. jene Maßregeln mitzutheilen, welche die steiermärkische Statthaltereie zur genauen Befolgung publicirt hat; diese lauten:

1. Der Viehstand an Rindern, Schafen und Ziegen ist in jeder Gemeinde sogleich durch eigene Organe aufzunehmen und ist jede Veränderung in demselben durch Unfall oder Nachwuchs binnen 24 Stunden beim Ortsvorstande anzuzeigen.

2. Jeder An- und Abverkauf, d. i. jeder Handel, jede Ausfuhr mit den genannten Thieren und ihren Abfällen mit gebrauchten Stallgeräthschaften für Rinder, ferner mit Raufutter und Streumaterialien ist verboten. Die Statthaltereie ist beauftragt, aus dem ganzen seuchenverdächtigen Territorium keine derlei Sendungen aufzunehmen und dort, wo dennoch solche zur Ausladung kommen sollten, sie zurückzuhalten und sogleich dem betreffenden Gemeindevorstande anzuzeigen, welcher dann die weitere Amtshandlung durch die Behörde einzuleiten hat.

3. Eine Ausnahme hiervon kann nur der Handel mit Rindvieh machen, welches zur Verproviantierung des seuchenverdächtigen Gebietes selbst benötigt wird; — immer kann dies jedoch nur mit Bewilligung und unter persönlicher Verantwortung des betreffenden Gemeindevorstandes geschehen, welcher dafür zu sorgen hat, daß nur verlässlich ganz gesundes Vieh geschlachtet werde, daher die bezüglichen Viehpässe nach Vorschrift ausgefüllt sein müssen.

Die Gemeindevorstände sind gleichfalls verantwortlich für die genaueste und allgemeinste Durchführung der Fleischschau.

4. Zum Fuhrwerke sind nur Pferde zu verwenden, und ist die gemeinsame Tränkung sowie der Weidegang der Rinder verboten.

5. Fremdes Vieh darf nicht in Stallungen eingestellt werden, in denen sich andere Thiere befinden, was vorzüglich von den Wirthen wohl zu beherzigen ist; so haben auch Fleischhauer und Viehhändler das angekaufte Schlachtvieh von ihrem eigenen Viehe abgesondert unterzubringen.

6. Hunde sind bei Hause an die Kette zu legen und die Kägen einzusperrern, widrigenfalls dieselben, wenn sie frei herumlaufen, zu erlegen sind, wozu insbesondere der streifende Wachenmeister verpflichtet ist.

Da die Ansteckung der Rinder u. s. w. nicht nur durch diese selbst, sondern auch durch Menschen vermittelt wird, so wird ferner verordnet:

7. In jedem Gehöfte ist zur Wartung des Rindviehes, der Schafe und Ziegen eine eigene Person zu bestellen, welche außer Hause gar nicht und im Hause selbst so wenig wie möglich mit anderen Menschen und Thieren verkehren darf.

8. Fremden Personen ist der Eintritt in die Stallungen nicht zu gestatten und ist Fleischern und Viehhältern das Vieh von dem bestimmten Wärrer außer dem Stalle vorzuführen.

9. Jeder Zusammenfluß von Menschen und Thieren ist verboten, daher werden nicht nur die Viehmärkte, sondern auch alle Krämermärkte bis auf weiteres eingestellt.

10. Aus demselben Grunde dürfen bis auf weiteres keine Tanzmusiken und keine Prozessionen abgehalten werden.

11. Jede Erkrankung, jeder Unfall eines Thieres (Rind, Schaf, Ziege) ist dem Gemeindevorstande und von diesem der Behörde sogleich anzuzeigen.

Wenn ein Thier umsteht, ist es dort, wo es gefallen ist, liegen zu lassen und zu bewachen, daß niemand mit demselben in Berührung kommt, bis die Behörde das Weitere verfügt.

— (Nächste Landtagssitzung.) Der Stand der Vorarbeiten in den Ausschüssen des krainischen Landtages bestimmte das Landtagspräsidium, die auf den 3ten Jänner 1874 anberaumt gewesene Landtagssitzung auf Montag den 5. Jänner 1874 vormittags 10 Uhr zu verlegen, um die weiteren Landtagssitzungen nach deren Wiederaufnahme thunlich rasch bis zum Schlusse der Session auf einander folgen zu lassen.

— (Tagesordnung) der heute nachmittags um 5 Uhr stattfindenden Gemeinderathssitzung. 1. Lesung des letzten Sitzungsprotokolls. 2. Bericht der Finanzsection über den Antrag des Fleischbeschauers wegen Einführung einer Fleischbeschau in Laibach. — Geheime Sitzung.

— (Die Sylvesternacht) in der evangelischen Kirche wird Mittwoch den 31. Dezember um 5 Uhr nachmittags abgehalten werden.

— (Die Festkneipe des hiesigen Turnvereines) wurde, nachdem der Kneipwart Herr Schulz erkrankte, auf Samstag den 3. Jänner t. J. verschoben.

— (Der neu engagierte Turnlehrer) des laibacher Turnvereines, Herr Guglielmo, t. bair. Premierleutnant, ist am 26. d. hier eingetroffen. Der bisherige Turnlehrer, Herr Schäfer, ist am 24. d. M. an seinen neuen Bestimmungsort Dresden abgegangen.

— (Kammermusik.) Das berühmte florentiner Streichquartett gibt bereits am Dienstag den 30. d. abends hier einen Quartettabend.

— (Herr Theodor Köhler), der routinierte erste Komiker unserer Bühne, wird uns am Dienstag den



